STADT NORDEN

Sitzungsvorlage

Wahlperiode 2021 - 2026	Beschluss-Nr: 0015/2021/1.2	Status öffentlich
<u>Tagesordnungspunkt:</u> Verpflichtung und Pflichtenbelehrung der Ratsfrauen und Ratsherren		
<u>Beratungsfolge:</u> 08.11.2021 Rat der Stadt Norden öffentlich		
<u>Sachbearbeitung/Produktverantwortlich:</u> Reemts, 1.2		<u>Organisationseinheit:</u> Organisation und IT

Beschlussvorschlag:

Der Rat nimmt von der Verpflichtung der Ratsfrauen und Ratsherren Kenntnis.

Sach- und Rechtslage:

Zu Beginn der ersten Sitzung nach der Wahl (Konstituierende Sitzung) werden die Ratsfrauen und Ratsherren von dem Bürgermeister gemäß § 60 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) förmlich verpflichtet, ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch wahrzunehmen und die Gesetze zu beachten.

Ist eine Ratsfrau oder ein Ratsherr bei der konstituierenden Sitzung nicht anwesend, so erfolgt die Verpflichtung zu Beginn der ersten Sitzung des Rates, an der das neue Ratsmitglied teilnimmt.

Die Abnahme der Verpflichtungserklärung sollte -entgegen bisheriger Praxis per Handschlag- in diesem Jahr aufgrund der Corona-Pandemie durch einen Faustgruß oder durch einen Ellenbogencheck durch den Bürgermeister erfolgen.

Mit der Verpflichtung wird zweckmäßigerweise die Pflichtenbelehrung (§ 54 Abs. 1 in Verbindung mit § 43) der ehrenamtlich tätigen Ratsfrauen und Ratsherren über die Amtsverschwiegenheit (§ 40), das Mitwirkungsverbot (§ 41) und das Vertretungsverbot (§ 42) verbunden. Von jeder Ratsfrau und jedem Ratsherrn ist eine vorbereitete Erklärung zu unterschreiben. Erläuterungen zu den Vorschriften der Pflichtenbelehrung:

a) **Amtsverschwiegenheit (§ 40):**

Sie dient der Wahrung öffentlicher Belange, wie dem Schutz berechtigter Interessen Dritter. Die Interessen der Stadt sollen beispielsweise während nicht abgeschlossener Verhandlungen ebenso gewahrt werden, wie die Interessen betroffener Bürgerinnen und Bürger. Grundsätzlich ist über dienstliche Belange nach außen hin Stillschweigen zu bewahren. Es besteht keine generelle Geheimhaltungspflicht. Eine Geheimhaltungspflicht besteht nur für Angelegenheiten, die das Gesetz aufführt (u.a. EU-Datenschutzgrundverordnung, Nds. Datenschutzgesetz, § 11 Abs. 2 Niedersächsisches Kommunalabgabengesetz (NKAG), Steuergeheimnis § 30 Abgabenordnung (AO) für kommunale Steuern und Abgaben).

Die Amtsverschwiegenheit wirkt über das Ende der ehrenamtlichen Tätigkeit fort. Sie gilt gegenüber jedermann. Erworbene Kenntnisse einer der Verschwiegenheit unterfallenden Angelegenheit dürfen vom ehrenamtlich Tätigen nicht unbefugt verwertet werden, weder privat noch geschäftlich.

Aussagen oder Erklärungen von Ratsfrauen oder Ratsherren dürfen vor Gericht ohne Genehmigung des Rates nicht abgegeben werden.

Verletzt eine Ratsfrau oder ein Ratsherr seine Verschwiegenheitspflichten nach § 40 Abs. 2 NKomVG, so stellt dies eine Ordnungswidrigkeit dar, die mit einer Geldbuße sanktioniert werden kann. Stellt die Ordnungswidrigkeit auch eine Straftat dar, so kommt nur das Strafgesetzbuch zur Anwendung.

b) **Mitwirkungsverbot (§ 41):**

Aufgabe des kommunalen Mitwirkungsverbotest ist es, die Gemeinwohlorientierung der einzelnen Mitglieder der Vertretung zu sichern und das Vertrauen in die „Sauberkeit der Verwaltung“ zu schützen. Dem Mitwirkungsverbot unterfallen alle dem eigenen und übertragenen Wirkungskreis angehörenden Angelegenheiten. Das Mitwirkungsverbot des Ratsmitgliedes erstreckt sich auf die gesamte Behandlung einer Angelegenheit im Rat, in den vorbereitenden Ausschüssen und in Gremien außerhalb der Kommune. Nicht nur vermögenswerte Vorteile, sondern auch immaterielle Werte, wie z.B. Steigerung des beruflichen Ansehens können zum Mitwirkungsverbot führen, wenn ein formal-kausaler Zusammenhang zwischen Mitwirkung und dem daraus resultierenden Vor- oder Nachteil besteht.

c) **Vertretungsverbot (§ 42):**

Ehrenamtlich Tätige haben eine besondere Treuepflicht gegenüber ihrer Kommune. Hieß die Überschrift früher in der Niedersächsischen Gemeindeordnung noch „Treuepflicht“ hat der Gesetzgeber sich beim Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz für die seinerzeit in der Niedersächsischen Landkreisordnung gewählte Überschrift

„Vertretungsverbot“ entschieden. Mit dem Vertretungsverbot soll das Ziel erreicht werden, eine objektive, unparteiische und einwandfreie Führung der Geschäfte zu gewährleisten und Interessenskollisionen zu vermeiden. Das Vertretungsverbot gilt für ehrenamtlich Tätige nur, wenn die Vertretung im Rahmen der Berufsausübung erfolgt und mit der ehrenamtlichen Tätigkeit im Zusammenhang steht. Mithin handelt sich für die vom Vertretungsverbot betroffenen Berufsgruppen um eine die Berufsausübung reglementierende Vorschrift. Faktisch betroffen sind in erster Linie Angehörige rechtsberatender Berufe, wie Rechtsanwälte und Rechtsbeistände, Steuerberater und Steuerbevollmächtigte, Architekten, Makler und Vermögensverwalter. Das Vertretungsverbot gilt kraft Gesetzes. Die Feststellung, ob eine Ratsfrau oder ein Ratsherr sich im Vertretungsverbot befindet, trifft der Rat.